

KARL-HEINZ MEIER-BRAUN · REINHOLD WEBER

EIN KOFFER VOLL HOFFNUNG

Das Einwanderungsland
Baden-Württemberg



SILBERBURG

wohingegen man etwa den Türken vorhält, sie würden sich abkapseln und in so genannten Parallelgesellschaften leben. Vietnamesen »fallen nicht auf«, auch schon wegen ihrer geringen Zahl in Deutschland. Aber auch das kann für die betroffene Migrantengruppe ein Problem sein, indem man sie – ähnlich wie die Italiener – für bestens integriert hält.

Luu Thao Tran, die Tochter eines Bootsflüchtlings aus Vietnam, hat die Integration der Vietnamesen wissenschaftlich untersucht. Auch sie kommt zu einem zwiespältigen Ergebnis, was die offensichtlich so gut gelungene Integration der vietnamesischen Community in Deutschland angeht. Die anfänglich große Hilfsbereitschaft hat nach ein paar Jahren nachgelassen, ähnlich wie heute bei den syrischen Flüchtlingen. Die Bootsflüchtlinge hatten und haben mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie die anderen Einwanderer auch, beispielsweise mit Sprachproblemen, bei der Wohnungssuche oder auf dem Arbeitsmarkt. Fremdenfeindlichkeit schlug auch ihnen entgegen; auch Vietnamesen wurden bei Anschlägen getötet.

In einer Fallstudie über vietnamesische Flüchtlinge in Heidenheim, wo der Vater von Luu Thao Tran 1985 Zuflucht fand, bescheinigt die Autorin der Stadt und ihrer Bevölkerung auf jeden Fall eine große Hilfsbereitschaft, besonders seitens der Vertreter der katholischen Kirche. Gerade das alltägliche »Helfen im Kleinen« hat in Heidenheim offensichtlich zu Integrationserfolgen geführt, wie bei anderen Einwanderergruppen auch. Viele gelungene Integrationsbeispiele haben sich im Lauf der Jahrzehnte so in aller Stille vollzogen, weniger durch staatliche Maßnahmen als durch die Hilfe der Zivilgesellschaft und durch die Anstrengungen der Migrantinnen und Migranten selbst. So war beispielsweise die Betreuung durch das Deutsche Rote Kreuz mit Sprachunterricht ebenfalls förderlich für die Integration der vietnamesischen Boatpeople in Heidenheim.

Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem zerfallenden Jugoslawien

Als zu Beginn der 1990er Jahre der Vielvölkerstaat Jugoslawien in einem blutigen Bürgerkrieg in die heute souveränen Staaten Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Montenegro sowie Serbien zerfiel, zeigte Baden-Württemberg erneut große Hilfsbereitschaft für die Flüchtlinge. Der Bürgerkrieg in Jugoslawien ging mit ethnischen Vertreibungen von Kroaten, Serben, Muslimen, Kosovo-Albanern und Roma einher, von denen viele zu ihren Verwandten nach Deutschland flüchteten. Viele der Ex-Jugoslawen, die schon lange Zeit als »Gastarbeiter« hier lebten, sahen in der Aufnahme ihrer geflüchteten Landsleute eine moralische Pflicht. Diese Hilfsnetzwerke stellten aber gleichzeitig auch eine Entlastung für die bundesdeutschen Behörden dar, etwa wenn es um Wohnraum und Lebensunterhalt der Bürgerkriegsflüchtlinge ging. Neben Nordrhein-Westfalen und Bayern war Baden-Württemberg eines der Hauptaufnahmelande. Während der Kriegsjahre stieg die Zahl der Zuwanderer aus Ex-Jugoslawien in Baden-Württemberg von rund 181 000 (1990) auf knapp 320 000 (1995) an. Allein in Stuttgart lebten zeitweise

mehr Bürgerkriegsflüchtlinge vor allem aus Kroatien und Bosnien als in ganz Großbritannien.

Nach dem Ende der Kriegshandlungen auf dem Balkan setzten sofort Rückführungsmaßnahmen der Bundesrepublik Deutschland ein – und dies, obwohl vor allem von Seiten der Wirtschaft dringend darum gebeten wurde, die inzwischen in vielerlei Bereichen eingearbeiteten und integrierten Kriegsflüchtlinge nicht auszuweisen. Besonders in der Gastronomie, in anderen Dienstleistungsbereichen und im Handwerk wurden dringend Arbeitskräfte gesucht. Einige der Geflüchteten konnten jedoch in Deutschland bleiben und gelten heute als bestens integriert, andere wanderten nach Skandinavien oder nach Übersee weiter.

Für die ehemaligen jugoslawischen Arbeitsmigranten in Deutschland veränderte der Bürgerkrieg nicht nur den Alltag, viele von ihnen verloren durch die Zerstörungen vor allem in Kroatien und Bosnien-Herzegowina auch ihre Häuser, die sie dort gebaut und für die sie jahrelang angespart hatten. Oftmals verloren sie damit ihre mühsam erarbeitete Alterssicherung.

Zum fünfzigjährigen Jubiläum des Anwerbeabkommens zwischen dem damaligen Jugoslawien und der Bundesrepublik Deutschland veranstaltete 2018 der langjährige Integrationsbeauftragte der Stadt Stuttgart Gari Pavkovic, der selbst aus dem früheren Jugoslawien stammt, eine Podiumsdiskussion. Dabei wurde das Problem der »Beheimatung« und der Integration dieser Menschen aus dem zerfallenen Vielvölkerstaat in den Fokus gerückt. Pavkovic machte bei dieser Veranstaltung deutlich:

»Die Menschen sind geblieben, mit ihrer Sehnsucht nach nationaler Homogenität und tatsächlicher Interkulturalität. Aus Jugoslawen wurden kroatische und bosnische Kroaten, kosovarische, makedonische und montenegrinische Albaner, Serben mit Familienherkunft aus Serbien, Montenegro, Kosovo, Bosnien oder Kroatien, Muslime aus Bosnien-Herzegowina und aus dem serbischen Sandschak, Slowenen.«

Der Stuttgarter Integrationsbeauftragte wies auch darauf hin, dass die ehemaligen »Jugo-Schwaben«, wie die Gastarbeitergeneration in Jugoslawien genannt wurde, auch heute noch die größte Immigrantengruppe in Stuttgart bilden.

Mit dem Zerfall Jugoslawiens verschwand für die Menschen aber eine vertraute Gesellschaftsordnung. Ähnlich wie bei den einstigen DDR-Bürgern, so Pavkovic, erstarkten in der Folge fremdenfeindliche Entwicklungen. Natürlich griff die nationalistische Mobilisierung der einzelnen Volksgruppen im Zuge der Kriege in den 1990er Jahren auch auf die Migrantengemeinden im Ausland über, aber es sei, so Pavkovic, hierzulande doch gelungen, diese krisenhaften Veränderungsprozesse weitgehend gewaltfrei zu gestalten. Einige ex-jugoslawische Stuttgarterinnen und Stuttgarter gelten heute als »erfolgreiche Brückenbauer zwischen den Kulturen«. Manche kamen bereits als »Gastarbeiterkinder« in die Landeshauptstadt, wie beispielsweise der SPD-Stadtrat und Kreisvorsitzende Dejan Perc.

Jüdische Kontingentflüchtlinge

Nach den furchtbaren Erfahrungen der NS-Herrschaft und der Schoah kam es in Baden-Württemberg nach 1945 nur langsam wieder zur Gründung oder Wiederbelebung von jüdischen Gemeinden. In Stuttgart beispielsweise hatten nur 24 Juden das Ende des NS-Regimes überlebt, in Mannheim nur 60 der einst 6500 Mitglieder starken jüdischen Gemeinde. Die allermeisten Synagogen, Gemeindevorstände und Kultgegenstände waren zerstört, aber anfangs ging es nicht nur um die spirituellen Bedürfnisse der Gemeindeglieder, sondern auch um die Versorgung der Geretteten mit dem Nötigsten, um die Zusammenarbeit mit der Militärverwaltung und generell um den Aufbau geordneter Strukturen.

Eine weitaus größere Zahl an jüdischen Überlebenden waren so genannte Displaced Persons (DPs), Menschen also, von denen die meisten Zwangsarbeit, Konzentrationslagerhaft oder die Todesmärsche bei der Auflösung der Lager überlebt hatten und die nun als »heimatlose Ausländer« galten. Ursprünglich sollten die DPs bis zur »Repatriierung« in ihre Herkunftsländer in Sammelstellen betreut werden, aus denen aber rasch Lager mit Bewachung und Stacheldraht, überdies mit schwierigsten Lebensbedingungen und hoher Kindersterblichkeit wurden. Allein in der französisch besetzten Zone (einschließlich des heutigen Rheinland-Pfalz) befanden sich im Sommer 1945 rund 170 000 DPs. Für die amerikanische Zone (Württemberg-Baden) liegen keine genauen Zahlen vor.

Deutschlandweit waren 1946 unter den DPs rund 40 000 Juden, 1947 sogar 187 000, die vielfach lange auf eine Ausreisemöglichkeit nach Palästina (ab 1948 nach Israel) oder in die USA warten mussten. Letztendlich blieben etwa 12 000 der jüdischen DPs in Deutschland. Diejenigen darunter, die sich im heutigen Baden-Württemberg niederließen, bildeten oft den Kern der neu entstehenden jüdischen Gemeinden wie in Stuttgart, Ulm, Heidelberg, Mannheim oder Karlsruhe.



Jüdische Displaced Persons demonstrieren in Stuttgart vor dem Sitz der US-Militärregierung und fordern ihre Ausreisegenehmigung nach Palästina, circa 1946.

Während des Kalten Krieges gab es immer auch die Einwanderung von Juden aus dem sowjetischen Machtbereich. Oftmals wurden sie als »Dissidenten« bezeichnet, so etwa diejenigen, die 1948 vor der kommunistischen Machtübernahme in Prag flüchteten. 1953 folgten im Zuge des Volksaufstandes Juden aus der DDR, 1956 aus Ungarn und 1968 nach der Unterdrückung des »Prager Frühlings« aus der Tschechoslowakei. Ab Mitte der 1980er Jahre kamen dann auch die ersten Juden aus der Sowjetunion. In nicht wenigen jüdischen Gemeinden wurden mit diesen Zuwanderungen die Zahlenverhältnisse zwischen »deutschen Juden« und »Ostjuden« umgekehrt. Nicht selten kam es auch zu gemeindeinternen Konflikten, weil die Neuzuwanderer nach Deutschland zwar keine »Orthodoxen«, wohl aber traditionalistisch ausgerichtet waren und stärker an althergebrachten Überlieferungen oder auch an der jiddischen Sprache hingen.

Mit dem Ende der Systemkonfrontation zwischen Ost und West eröffnete sich für jüdische Menschen aus der zerfallenden Sowjetunion nach langen Jahrzehnten der Demütigung und Unterdrückung eine neue Möglichkeit, nach Deutschland auszuwandern. Seit 1991 fanden Juden aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen als Kontingentflüchtlinge Aufnahme in Deutschland. Das Gesetz für solche Hilfsaktionen galt bis 2005, war recht kompliziert, garantierte den

Zuwanderern aber relativ privilegierte Integrationsvoraussetzungen in Form einer unbefristeten Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, von Sozialleistungen, Sprachkursen und Unterstützung bei der beruflichen Integration. Deutschland wurde nun mit rund 200 000 jüdischen Einwanderern (bis 2005) nach Israel und den USA zum drittgrößten Einwanderungsland für Juden aus der ehemaligen Sowjetunion.

Zwei Merkmale zeichneten die jüdischen Einwanderer aus: Sie waren, verglichen mit anderen Zuwanderungsgruppen, relativ alt, verfügten allerdings über einen hohen Bildungsgrad. Beides erleichterte jedoch die Integration nicht unbedingt. Vor allem der Einstieg in den Berufsmarkt gelang vielen nicht sofort. Auch die Integration in die jüdischen Gemeinden erfolgte nicht ohne Reibungen, wobei allerdings zu bemerken ist, dass die jüdischen Gemeinden in Baden und Württemberg kaum auf den großen Zuzug vorbereitet waren.

Im Jahr 2005 wurde im Rahmen des Zuwanderungsgesetzes der Zuzug jüdischer Menschen wieder begrenzt. Seither müssen sie Grundkenntnisse der deutschen Sprache und eine positive Integrationsprognose (Arbeitsplatz) nachweisen sowie die Zusage, Mitglied einer jüdischen Gemeinde werden zu können. Dadurch sind die Zahlen deutlich zurückgegangen, derzeit auf nur rund hundert Personen pro Jahr. In den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, besonders in der Ukraine, leben noch immer zahlreiche auswanderungswillige Juden, für die aber derzeit weit überwiegend nur Israel als Auswanderungsziel in Frage kommt. Eine abschreckende Rolle spielt dabei sicherlich auch der aufkeimende Antisemitismus in Deutschland. Heute hat die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs rund 3000 Mitglieder, diejenige Badens rund 5000.

Deutschstämmige Flüchtlinge und Vertriebene nach 1945

Immer wieder wurde in der so genannten »Flüchtlingskrise« der Jahre 2015/16 der historische Vergleich mit den deutschstämmigen Flüchtlingen der unmittelbaren Nachkriegszeit bemüht. Schon damals habe man die Herausforderung gemeistert, und das in einer Zeit, als Deutschland wirtschaftlich und politisch am Boden lag, von Hunger, Zerstörung und Wohnungsnot geprägt war. Manches an diesem Vergleich mag auf den ersten Blick auf der Hand liegen, anderes gilt es jedoch auch zurechtzurücken.

In der Tat war die damalige Zuwanderungswelle als Folge der verheerenden NS-Herrschaft und ihres Verfolgungs- und Vernichtungskrieges zahlenmäßig von weitaus größerem Umfang. Zwischen 1944/45 und 1950 waren etwa 14 Millionen der insgesamt rund 18 Millionen Deutschstämmigen aus Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa von Flucht und Vertreibung betroffen. Etwa 12,5 Millionen von ihnen fanden in der späteren Bundesrepublik oder in der DDR, wo man sie euphemistisch »Umsiedler« nannte, Zuflucht. Weitere 500 000 konnten nach Österreich oder in andere Länder flüchten. Betroffene der kriegsbedingten Zwangsmigrationen waren darüber hinaus Flüchtlinge aus